

Dr. Hans-Peter Uhl

- (A) land der gesamten Welt einen schweren Schaden zugefügt. In dieser Welt leben wir heute.

Weiterhin hat dieses Vorgehen, der Aufmarsch russischer Streitkräfte an Russlands Westgrenze, gerade in Mittel- und Osteuropa, gerade in den baltischen Staaten, zu großer und verständlicher Besorgnis geführt. Man erwartet sich in diesen Teilen Europas Schutz. Von wem? Schutz von der NATO und von niemand anderem.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Mit Atomwaffen?)

Es ist unsere Aufgabe, mit dieser Besorgnis ernsthaft umzugehen und nicht einseitig säbelraselnderweise, wenn ich es so formulieren darf, mit militärischen Drohungen auf das zu antworten, was Russland gemacht hat.

(Beifall bei der CDU/CSU – Inge Höger [DIE LINKE]: Abrüstung ist angesagt!)

Da kommen Sie allen Ernstes mit der Aussage, die NATO, von der die Menschen dort Schutz erwarten, sei ein Hindernis für den Frieden.

(Inge Höger [DIE LINKE]: Für die Abrüstung!)

Eine Verwirrung der Geister, kann ich nur sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es darf gerade jetzt in dieser Zeit keine einseitige Vorleistung geben. Eine einseitige NATO-Abrüstung bietet keinen zusätzlichen Schutz, im Gegenteil.

- (B) (Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das setzt Russland aber mehr unter Druck, auch abzurüsten!)

Die Linken haben jeden Bezug zur Realität verloren. Vielleicht geht es ihnen auch gar nicht um das, was wir alle in diesem Hause wollen, nämlich eine atomare Abrüstung. Ich kenne niemanden, wirklich niemanden, der für atomare Aufrüstung ist. Wir alle sind uns in diesem Ziel einig. Deswegen sollten Sie auch nicht den Versuch unternehmen, auf unangenehme, unseriöse und intellektuell unredliche Weise hier irgendwelchen Fraktionen zu unterstellen, sie wären für atomare Aufrüstung. Wir alle sind für den Frieden. Wir brauchen keine Belehrung von den Linken, weder die SPD noch die Grünen noch die CDU/CSU.

Die Koalition hat sich in einem Antrag – er wurde bereits von der Kollegin der Grünen zitiert – zusammen mit den Grünen und der SPD in der letzten Wahlperiode mit dem Thema befasst. Deutschland will sich für Abrüstung und die Nichtverbreitung von Atomwaffen einsetzen und tut das in allen Gremien, allerdings – das gebe ich gerne zu – nicht so, wie Sie von den Linken es wollen, in einem Akt einseitiger Vorleistung, isoliert vom Bündnis,

(Inge Höger [DIE LINKE]: Im Rahmen der UN!)

sondern nur im Bündnis mit den Partnern der NATO. Dabei wird es auch bleiben, so sehr Sie von den Linken die NATO auch bekämpfen mögen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

(C)

Die Bundesregierung bedarf also keiner weiteren Aufforderung von Ihnen, für Frieden und gegen Atomwaffen zu sein. Wir sind es, so wie alle anderen Fraktionen hier in diesem Hause auch. Es könnte jetzt noch eine Aufzählung von verschiedenen Aktivitäten der Bundesregierung in den letzten Monaten und Jahren erfolgen. Auf die will ich aber hier verzichten.

Meine Damen und Herren von den Linken, ich bitte Sie, aufzuhören mit Ihren Bemühungen, in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, als wären Sie die Friedenspartei

(Inge Höger [DIE LINKE]: Das ist aber so! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Das können wir schon selbst entscheiden!)

und als würden wir und alle anderen Parteien es mit dem Frieden und der atomaren Abrüstung nicht so ernst nehmen. Das verfängt nicht in der Bevölkerung, und das ist auch gut so. Man nimmt Ihnen diese Schaufensterpolitik nicht ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Beschlussfassung des Auswärtigen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Atomwaffen ächten“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/399, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 18/287 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das ist die Koalition. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Linke. Wer enthält sich? – Bündnis 90/Die Grünen. Dann ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Linken bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen angenommen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Harald Ebner, Nicole Maisch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern

Drucksache 18/976

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat der Kollege Friedrich Ostendorff das Wort.

(A) **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Milchviehhaltung ist eines der wichtigsten Standbeine der Landwirtschaft in Deutschland und erst recht der wichtigste landschaftsprägende Betriebszweig.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Seit Juni geht es den Milchbauern gut!)

40 Prozent der landwirtschaftlichen Wertschöpfung kommen aus der Milch. Die Kuh auf der Weide ist das Bild, das Bürgerinnen und Bürger haben, wenn sie an Landwirtschaft denken. Nach Jahren der niedrigen Milchpreise haben wir endlich eine Situation, die eine kostendeckende Erzeugung von Milch ermöglicht. Doch trotz aktuell guter Marktlage ist der Druck auf die Milchbetriebe ungebrochen groß. In den letzten zehn Jahren haben wir ein Drittel der Milchviehbetriebe verloren. Die Zahl ist von 126 000 Betrieben im Jahr 2002 auf 85 000 im Jahr 2012 gesunken. Das sind 11,2 aufgegebene Betriebe pro Tag.

Es kommt jetzt schon wieder zu einem deutlichen Abwärtsschritt der Preise auf dem globalen Markt. Analysten warnen vor weiter sinkenden Milchpreisen im Mai und Juni. Nachhaltig und tiergerecht wirtschaftende Milchviehbetriebe brauchen heute 45 bis 50 Cent pro Liter, um ihre Kosten zu decken. Die Marktsituation wird sich nach 2015 deutlich verschärfen; denn die augenblicklich starke Nachfrage vor allem in China und Russland ist äußerst fragil.

(B) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ist es!)

Wir müssen deshalb in die Zukunft blicken und in weitgehend guten Zeiten für schlechte vorsorgen.

Ein Marktzusammenbruch nach dem 1. April 2015 muss unbedingt verhindert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen deshalb eine Monitoringstelle für die Marktbeobachtung, wie sie jetzt in Europa diskutiert wird. Wir brauchen ein Frühwarnsystem, um auf kommende Krisen frühzeitig zu reagieren. Wir brauchen Kriseninstrumente und Programme zum zeitweiligen Abbau von Überkapazitäten, die zum Beispiel einen freiwilligen Produktionsverzicht in Krisensituationen ausgleichen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht aber vor allem um unser milchpolitisches Leitbild. Wir brauchen eine flächengebundene Milcherzeugung.

(Dr. Valerie Wilms [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dringend!)

Es geht um das Tierwohl und die Erhaltung unserer Agrarlandschaften gerade in den benachteiligten Regionen. Es kann doch nicht sein, dass hinter den Bildern von grasenden Kühen auf den Milchtüten in Wirklichkeit auf einseitige Hochleistung gezüchtete und oft mit

Gensoja ernährte Tiere stehen, die niemals auf der Weide waren und kaum älter als vier bis fünf Jahre werden. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Max Straubinger [CDU/CSU]: Hast du was gegen Leistung?)

Nur noch rund 30 Prozent der Kühe in Betrieben mit über 100 Tieren stehen auf der Weide; das ist eine Aussage der Bundesregierung. Das ist klassische Verbrauchertäuschung. Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Kühe auf der Weide. Sie wollen Qualitätsmilch aus bäuerlicher Erzeugung, am besten Biomilch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern deshalb, ein besonderes Augenmerk auf die Situation der milcherzeugenden Betriebe zu legen. Dies muss sich in marktbegleitenden Programmen widerspiegeln. Wir fordern, dass die Kuh auf der Weide Realität ist und dass Bedingungen geschaffen werden, die es den Betrieben ermöglichen, dies umzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Biodiversitätsschutz ohne Kühe auf der Weide wird nicht zu schaffen sein. Wir fordern deshalb eine flächengebundene Milcherzeugung und eine Tierzucht, die das Wohl der Tiere und die Lebensleistung statt kurzfristiger Höchstleistungen zum Ziel hat. Das kann nur eine bäuerliche Milchviehhaltung leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn: (D)

Als nächster Redner hat der Kollege Kees de Vries das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kees de Vries (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Grünen ist überschrieben mit dem Titel „Zukunft der bäuerlichen Milchviehhaltung sichern“. Dem kann ich nur zustimmen, und zwar aus vollem Herzen. Was dann allerdings im Antrag folgt, führt so zu nichts.

Dazu im Detail. Herr Ostendorff, Sie sehen die Milchpolitik derzeit auf Massenproduktion und Export ausgerichtet. Tatsächlich haben wir dank Export endlich wieder gute Preise.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Warum sollte der bäuerliche Familienbetrieb hiervon nicht profitieren dürfen? Meiner Meinung nach ist die Größe nicht entscheidend. Es kommt darauf an – und vielleicht unterscheiden wir uns da, Herr Ostendorff –, dass der Milchviehhalter von seiner Arbeit leben kann. Der größte Teil der Milchviehhalter kann bei diesen guten Preisen gewinnbringend arbeiten, ein kleiner Teil aber leider immer noch nicht kostendeckend. Das war im Übrigen schon immer so. Eine Frage der Größe ist das nur in zweiter Linie. Fest steht natürlich, dass auch ein Landwirtschaftsbetrieb einen bestimmten Mindestum-

Kees de Vries

- (A) satz, eine bestimmte Größe braucht, um ein Einkommen realisieren zu können.

Dann fordern Sie auf Ebene der Europäischen Union die Einrichtung einer Marktbeobachtungsstelle. Wir freuen uns, dass inzwischen auch Sie den Nutzen dieser Stelle erkennen. Diese Forderung erheben wir schon lange. Sie ist faktisch schon zugesagt worden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Erzeugergemeinschaften, die Sie fordern, gibt es ebenfalls bereits. Den Zusammenschluss der Milchviehhalter zu fördern, ist meines Erachtens jetzt schon möglich. Sie zu organisieren, sehe ich nicht primär als Staatsaufgabe; hier sind unsere Bauern selbst gefordert.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steht aber auch im Antrag!)

Irritiert bin ich bei Ihrer Forderung nach „Regelungen für eine nachfrageorientierte Milchmengenregulierung“. Das ist aus meiner Sicht nichts anderes als die Milchquote, die wir gerade erst abzuschaffen beschlossen haben. Sie hatte sicher viele Vorteile, aber auch einen großen Nachteil. Damit meine ich, dass die Betriebe viel, zu viel Geld in Milchrechte investieren mussten. Damit haben Sie nicht nur die Neueinrichtung von Betrieben verhindert, sondern auch Nachfolgeregelungen sehr erschwert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Eine solche Regelung führt aus meiner Sicht eher dazu, dass kleine Betriebe gezwungen sind, aufzugeben. Das kann auch nicht von Ihnen gewollt sein.

Zum Stichwort „Weidehaltung“ muss ich sagen, dass wir dann auch eine qualitativ hochwertige Grasproduktion sicherstellen müssen. Wenn nun 1,1 Millionen Hektar Grünland – sehr nach Ihrem Geschmack – nicht mehr, nicht mal zwecks Neuansaat, umgebrochen werden dürfen, dann ist das kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch zur geforderten hohen Grundfutterleistung kann ich nur sagen: Schlagen Sie sich auf die Seite der CDU/CSU, und schützen Sie mit uns hochwertige, energie- und eiweißreiche Wiesen. Nur so verhindern wir noch mehr Mais- und Sojaimporte.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Eine korrekte Kennzeichnung von Weidemilch und Regionalvermarktung ist grundsätzlich zu begrüßen. Damit kann sich der Verbraucher bewusst für eine bestimmte Produktionsrichtung entscheiden. Alles andere sollten wir besser dem Markt überlassen. In aller Regel wird es nicht besser, wenn sich die Politik einmischt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch ich finde es sehr wichtig, die Zukunft der Milchviehhaltung zu sichern. Aber was mit diesem Antrag der Grünen gefordert wird, ist zum einen schon realisiert und zum anderen nicht zielführend. Deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Milch ist gesund. Das behaupten zumindest viele. Aber die Milcherzeugerbetriebe sind alles andere als gesund, und zwar schon eine ganze Weile. Vor allen Dingen 2009 gab es viele Proteste gegen viel zu geringe Milchpreise. Sogar Milchbäuerinnen belagerten einige Tage das Kanzleramt. Im Durchschnitt gab es damals 25 Cent pro Liter, vielfach sogar noch deutlich weniger. Gefordert wurden aber 40 Cent, um die Produktionskosten ausgleichen zu können. Im vergangenen Jahr gab es zumindest im Durchschnitt schon einmal 37 Cent, so viel wie noch nie nach der Wiedervereinigung. Erstmals bekamen sogar die Kühe in Ost und West für ihre Arbeit das gleiche Gehalt.

(Beifall bei der LINKEN – Rainer Spiering [SPD]: Das finde ich gut!)

Aber der schöne Schein trägt ein wenig; denn kostendeckend ist auch dieser Preis immer noch nicht. Die großen finanziellen Verluste aus den Krisenjahren konnten damit nicht ausgeglichen werden. Der Spielraum für existenzsichernde Löhne, Investitionen in mehr Tierwohl oder bessere Arbeitsbedingungen ist immer noch sehr begrenzt. Die großen Preisschwankungen am Markt, die gerade schon einmal Thema waren, sind ein erhebliches Betriebsrisiko. Auch die steigenden Bodenkau- und -pachtpreise sind eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Betriebe. In Ostdeutschland steigt der Bodenpreis ausgerechnet deshalb, weil ehemals volkseigene Flächen zum Wohle des Bundesfinanzministeriums meistbietend verkauft werden. 400 bis 500 Millionen Euro jährlich fließen so in die große Bundeskasse. Ich finde das einfach unanständig.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu niedrige Milchpreise zwingen immer mehr Betriebe zur Aufgabe. 2009 wurde erstmals die magische Grenze von 100 000 Milchviehbetrieben unterschritten. 2012 waren es sogar nur noch 85 000. Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Größe der Milchviehherden von 43 auf 49 Kühe. Der Gesamtkuhbestand stagnierte zwar knapp oberhalb von 4 Millionen, aber die durchschnittliche Milchleistung stieg wiederum. Unter dem Strich gibt es also immer mehr Milch. Aktuell sind es 22 Prozent mehr als der heimische Milchdurst. 2002 waren es nur 14 Prozent mehr.

Eine boomende, sich geschrumpfende Branche, könnte man meinen. Aber vor Ort wird mir oft gesagt: Ohne den Erlös aus der Biogas- oder Photovoltaikanlage hätten wir die Kühe längst abschaffen müssen. – Insofern stellt sich die Frage: Warum ist denn das so? Die EU hat gerade eine interessante Studie dazu veröffentlicht. Sie benennt als ein Problem die Gewinnverteilung in der

(D)

Dr. Kirsten Tackmann

- (A) Milchproduktion zugunsten der Verarbeitungsindustrie. Das ist eigentlich auch kein Wunder; denn immer weniger Molkereien werden immer größer und immer mächtiger. Deshalb ist eine der Forderungen der Linken die Stärkung der Milcherzeuger am Markt. Nur dann können sie sich dem ruinösen Preisdumping der Verarbeiter und des Handels entziehen und die Milch schonend für Kühe und Umwelt produzieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir unterstützen zum Beispiel Erzeugergemeinschaften oder auch Produktionsgenossenschaften. Solche gibt es übrigens auch in Bayern. Das ist eine Meldung vom 2. April, nicht vom 1. April. Insofern geht es da also durchaus voran.

Darüber hinaus ist wichtig, dass die Milchmenge flexibler an die Nachfrage angepasst werden kann. Das sieht auch eine Studie im Auftrag des European Milk Boards so. Darin wurde übrigens festgestellt, dass die reale Einkommenssituation der Milchbetriebe trotz vieler Strukturmaßnahmen in den letzten 20 Jahren nicht verbessert worden ist. Das gilt auch für große Milchbetriebe, die zwar etwas höhere Einkommen, aber eben auch eine größere Verschuldung aufweisen. Fazit der Studie: Die Landwirte müssen die Menge der produzierten Milch flexibler an die Nachfrage anpassen können. Dazu wird ein selbst organisiertes Regulationssystem gebraucht, bei dem die Milchviehbetriebe dann aber auch wirklich ein ernsthaftes Wort mitreden können.

- (B) Ganz wichtig ist: Aus dem Liter Milch muss mehr Wertschöpfung generiert werden. Das heißt: mehr Veredelung und nicht Verramschen auf dem Weltmarkt. Das heißt: mehr regionale Verarbeitung und Vermarktung. Das heißt aber auch: Verbot täuschender Kennzeichnung. Wenn „Brandenburg“ auf der Milchverpackung steht, muss die Milch auch von Brandenburger Kühen sein. Wenn „Weidemilch“ draufsteht, darf keine Stallmilch drin sein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das Wort hat der Kollege Rainer Spiering für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Rainer Spiering (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Milchviehhaltung und die Kuh auf der Weide sind für mich keine Fremdworte. Die Antragsteller sagen: „Das Leitbild muss die Kuh auf der Weide sein.“ Als wahrhaftiges Kind vom Land habe ich dabei zwei Gedanken: meine Kindheit und die Milka-Werbung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Meine Kindheit war von dem Bild geprägt, das Ihrem Ideal entspricht: kleine Ackerbauflächen, kleine Weideflächen, im Sommer Melkstände auf der Weide, zehn bis zwölf Kühe, Schweine- und Hühnerhaltung auf jedem

Hof – und den Pflug zog nur 1 PS. Dieses Bild ist folkloristisch, genau wie die Milka-Werbung, und entspricht nicht mehr der Wahrheit in Deutschland im Jahre 2014. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Landwirtschaft hat heute auch in der bäuerlichen Milchviehhaltung viel mit Hightech und Marktregulierung zu tun. Verstehen Sie mich nicht falsch: Die SPD steht an der Seite der bäuerlichen Milchviehhaltung.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellt hervorragende Produkte her. Im ländlichen Raum hat sie eine eminente Bedeutung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ich verweise gerade auf die Region, aus der ich komme, mit großen Landmaschinenherstellern wie Claas, Amazone, Krone und vielen anderen mehr. Die Landwirtschaft ist für die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Erhaltung der regionalen Kulturlandschaft zuständig; das sollte man dabei auf keinen Fall vergessen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Ausstieg aus der Milchquote bereitet den Landwirten Sorge. Die EU verabschiedet sich im April 2015 von einem System, das mehr als 30 Jahre lang Preise und Mengen diktierte. Bauern durften, zumindest theoretisch, nur eine bestimmte Menge Milch produzieren. Wer darüber lag, musste Strafe zahlen. Künftig dürfen die Landwirte so viel Milch produzieren, wie sie wollen, und sich mit dem Markt auseinandersetzen. (D)

Seit der Milchkrise 2009/2010 ist der Preis angestiegen. Zurzeit funktioniert das Geschäftsmodell. Die Landwirte produzieren Höchstmengen, und das, obwohl die Zahl der Betriebe seit Jahren sinkt. Knapp 80 000 Milchviehbetriebe gibt es noch, sagt die Statistik. Deutschland ist inzwischen der größte Milchproduzent in der EU. Der Preis, den die Bauern für ihre Milch bekommen, ist derzeit so hoch wie seit fünfeneinhalb Jahren nicht mehr. Im Schnitt wurden im vergangenen Jahr knapp 38 Cent pro Kilogramm Milch gezahlt. Sind das langfristig die Preise, mit denen die Milchbauern ihre Kosten decken können? Wir haben hier gehört: Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen. Der eine oder andere hier weiß: Es kostet ein kleines Vermögen, Milchviehhaltung zu betreiben. Man braucht Ställe, technische Ausstattung wie Melkanlagen und Hightechcomputer, Land für seine Tiere entsprechend den Quoten, und man muss natürlich am Markt Kapital generieren.

Die positive Entwicklung auf dem Milchmarkt wird vor allem vom Export getrieben. In China, wo Lebensmittelskandale die Verbraucher immer häufiger verunsichern, werden teilweise – so habe ich gelesen – 3,50 Euro für einen Liter Milch gezahlt, aber nur, wenn sie aus dem Ausland stammt. Gerade die neue chinesische Mittelschicht hat Durst auf Milch.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Der Export deutscher Trinkmilch zum Beispiel nach China hat sich seit 2007 vervielfacht. Der Milchmarkt

Rainer Spiering

- (A) wird auch mit Blick auf das Auslaufen der Quotenregelung als wachstumsfähig eingestuft. Die EU-Kommission sagt in ihrer Markteinschätzung einen Anstieg der Milcherzeugung voraus.

In Deutschland bestimmt gerade einmal eine Handvoll Konzerne das Geschäft: Fünf Unternehmen – darunter der Marktführer Deutsches Milchkontor, die dänische Molkereigruppe Arla und Müllemilch – handeln mit 50 Prozent der produzierten Milchmenge. Zu befürchten ist, dass die Molkereien ab kommendem Jahr ihre Marktmacht noch stärker ausnutzen werden und die hohen Gewinne, die sie auf dem Weltmarkt erzielen, nicht an die Landwirte weitergeben.

(Peter Bleser [CDU/CSU]: Die gehören doch den Landwirten!)

Diese Entwicklung dürfen wir nicht hinnehmen. Deshalb ist die Idee des EU-Milchpakets gut: Die Landwirte schließen sich zusammen und handeln dann gemeinsam einen Milchpreis mit den Molkereien aus.

Die Bündelung des Angebots und die Anerkennung von Erzeugergemeinschaften und Branchenverbänden verschaffen den Erzeugern Möglichkeiten zur Einflussnahme. Gemeinsamkeit macht stark.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU])

- (B) Der deutsche Gesetzgeber hat die naturgemäß schwächere Marktstellung der Bauern berücksichtigt. Mit dem Marktstrukturgesetz wird den Landwirten im Wettbewerbsrecht eine Ausnahmestellung eingeräumt. Das Marktstrukturgesetz, also Erzeugerstützung nach deutschem Modell, ist europaweit sinnvoll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die starke Position des Handels und der Discounter hat den deutschen Markt für Milchprodukte zu einem der am härtesten umkämpften Märkte der Welt gemacht. Wir haben das erlebt. Aber insgesamt ist der Markt auch globaler geworden. Das beinhaltet auch globale Chancen. Wie eingangs erwähnt, gibt es neue Absatzmöglichkeiten. Wenn Lidl und andere vergleichbare Großhändler demnächst wieder einmal den Markt verengen, dann gibt es jetzt andere Märkte, auf denen die Waren abgesetzt werden können.

Man kann das Marktkriseninstrument „Freiwilliger Produktionsverzicht gegen Ausfallentschädigung“ wie Sie, Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, für eine Option halten. Die Frage ist nur: Ist das Instrument sinnvoll? Wie soll das System funktionieren? Wie soll das zu vertretbaren Kosten europaweit umgesetzt werden?

Wenn der Landwirt eine Entschädigung bekommt, um seine Produktion in Krisenzeiten einzuschränken, achtet er weniger auf Marktsignale, und das wäre kontraproduktiv. Signale, die über die Politik gesteuert werden, sind im Regelfall langsamer als der Markt. Eine Mengensteuerung hinkt der Marktentwicklung immer hinterher.

(Marlene Mortler [CDU/CSU]: Genau!)

- (C) Denn wenn der Beschluss auf politischer Ebene gefasst ist, die Produktion einzuschränken, hat der Markt längst wieder eine andere Richtung eingeschlagen.

Das Thünen-Institut – das ist ein wichtiger Fakt – verweist auf massive finanzielle Folgen im Falle eines Produktionsverzichts. Bereits eine Rückführung der Gesamtmilcherzeugung in der EU um 1 Prozent erfordert einen Ausgleich für die teilnehmenden Betriebe von rund 240 Millionen Euro. Um einen Markteffekt zu erzielen, würde das vermutlich nicht ausreichen.

Die EU investiert in die Landwirtschaft viel Geld. Für die SPD ist Agrarpolitik vor allen Dingen Teil einer ganzheitlichen Politik für die ländlichen Räume und nicht klientelbezogene Sektorpolitik. Ich kann nur sagen: Die Kulturlandschaft, die ich zu Hause habe, möchte ich auf keinen Fall missen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Wir wollen nach 2020 ganz aus dem System der Direktzahlung aussteigen und die Mittel gezielt für die Entwicklung ländlicher Räume und die Entlohnung von gesellschaftlichen Leistungen einsetzen. Dazu gehören auch die Leistungen, von denen im Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Rede ist: Erhalt von Grünland-Landschaften, von Traditionen und bäuerlicher Kultur. Unser Prinzip heißt allerdings: öffentliches Geld für öffentliche Leistung. Das ist unser Ziel. Ein Zurück in die Marktregulierung wird es mit der SPD nicht geben.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Spiering, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg für Ihre Arbeit.

(Beifall)

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Artur Auernhammer das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Artur Auernhammer (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn im Deutschen Bundestag von der bäuerlichen Milchviehhaltung die Rede ist und von fünf Rednern drei Milcherzeuger sind, dann freut mich das.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wenn in der Bundesregierung dann auch noch jemand sitzt, der selbst Milchviehhalter ist, dann freut mich das noch mehr. Aber wenn ich mir den Antrag der Grünen anschau, dann vergeht mir die Freude.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Man will wieder das Klischee von der glücklichen Kuh auf der grünen Wiese aufzeigen, wahrscheinlich in Lila, um dem Verbraucher zu suggerieren: Das ist das Idealbild einer Kuh.

(D)

Artur Auernhammer

- (A) (Max Straubinger [CDU/CSU]: Möglichst lila angestrichen! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bei Ihnen in Bayern sind die lila, oder was?)

– Meine Kühe sind schwarz-weiß und braun gefärbt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Braun hätte ich in Bayern schon empfohlen!)

– Nein, Herr Kollege Ebner, Sie kennen sich anscheinend nicht mit den bayrischen Milchviehrassen aus! In meinem Bestand habe ich eine vom Aussterben bedrohte fränkische Milchrasse: das fränkische Gelbvieh. Ich bin froh, diese zu halten. Aber damit der Milchtank auch voll wird, nimmt man schwarz-weiße Holsteiner dazu.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau, das sind die schwarz-weißen!)

Wenn Sie hier das Klischee aufzeigen wollen, dass Kühe nur glücklich sind, wenn sie auf der grünen Wiese gehalten werden, dann muss ich Ihnen sagen: Ich komme aus Franken. Wenn es nach Ihren Vorstellungen ginge und alle Milchviehalter im Dorf ihre Kühe auf die Weide stellen müssten – wir haben im Dorf im Schnitt pro Betrieb 30 bis 40 Kühe –, dann müssten alle Betriebe dichtmachen, weil aufgrund der strukturellen Bedingungen keiner von uns in der Lage ist, seine Kühe auf die Weide zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) In den engen fränkischen Dörfern geht das einfach nicht. Das geht vielleicht in Ihrer Wunschvorstellung.

Wie unterstützen wir die deutsche Milchviehhaltung? Es kann nicht sein, dass wir in Größenordnungen denken, die vielleicht die Kollegin Tackmann noch von früher kennt. Als ich nach der Wende in den Osten gefahren bin, haben mir die Kühe in diesen Stallanlagen leidgetan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich war froh, dass wir in Bayern bessere Anlagen hatten und unsere Tiere besser halten konnten. Ich weiß, es hat sich viel getan, es hat sich viel entwickelt. Größtenwachstum allein kann aber kein Gradmesser sein. In der Politik muss die Vernunft einkehren: Das, was man machen kann, soll man machen, und das, was man nicht mehr machen kann, soll man nicht mehr machen.

Wir wissen genau, dass in nicht einmal einem Jahr die Milchquotenregelung ausläuft. Ob die Milchquotenregelung für den Einzelbetrieb erfolgreich war, muss jeder selbst entscheiden. Ich weiß, was ich in meinem Leben für den Erwerb von Milchquoten ausgegeben habe. Wenn ich das Geld hätte, wäre das anzeigepflichtig beim Deutschen Bundestag.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb ist es wichtig, dass wir vor Auslaufen der Milchquote Maßnahmen einleiten, um unsere Milch-erzeuger zu entlasten. Ich möchte hier nur die drohende Abgabe nennen und die Notwendigkeit, den Fettkorrekturenfaktor endlich abzuschaffen.

Wenn wir in die Zukunft blicken, dann müssen wir das optimistisch und positiv tun und dürfen keine Schwarzmalerei hinsichtlich der Milchmärkte betreiben, wie es die Grünen hier machen. Die größten Kostenfaktoren in der Milchviehhaltung sind nicht die Bodenkosten. Bei mir zum Beispiel sind es infolge der eklatanten Wettbewerbsverzerrung, die in den letzten Jahren durch die Energie- und Lebensmittelproduktion entstanden ist, die Flächenkosten. Wer als Milchviehalter an andere Betriebe Fläche verliert, kann diese nicht mehr zurückpachten, weil einfach zu wenig Kapital dafür vorhanden ist. Deshalb müssen wir durch eine gezielte Förderung unsere Milchviehalter stärken. Wir können Programme auflegen. Wir haben die Möglichkeit dazu. Der Freistaat Bayern nutzt diese Möglichkeit intensiv. Ich würde mich freuen, wenn auch die anderen Bundesländer – ich denke gerade an die Bundesländer, in denen Parteien regieren, die hier in der Opposition vertreten sind – das in dem Umfang machen würden wie Bayern.

Um die Zukunft der deutschen Milchviehhaltung ist mir nicht bange. Deutsche und auch bayerische Milchprodukte – Sie erlauben mir diesen Nebensatz – haben in der Welt ein hohes Ansehen und werden stark nachgefragt. Die guten Chancen zum Export in die ganze Welt wurden schon erwähnt. Wir sollten die Chancen nutzen. Wir sollten unsere Milchviehalter mit guten sachlichen Argumenten stärken und nicht mit den Ideologievorstellungen argumentieren, die leider Gottes bei den Grünen noch immer vorherrschen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/976 an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Sabine Leidig, Herbert Behrens, Caren Lay, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG neu und verantwortungsvoll besetzen

Drucksache 18/592

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Tourismus

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.